



**BERLIN KLIMANEUTRAL 2030:
JA** beim Volksentscheid am 26. März!



Foto: Sebastian Petrich

WIR MÜSSEN DEN EXODUS STOPPEN

Das Weltnaturabkommen von Montreal fordert, Pestizide und Dünger zu reduzieren und mehr Schutzgebiete einzurichten. In Brandenburg und Berlin tut man sich damit schwer.

Wenn der Begriff „Big Five“ fällt, denken manche Menschen an die fünf wichtigsten Kategorien der jährlichen Oscar-Verleihung, andere an die mächtigen Techfirmen Amerikas oder an die großen Säugetiere der afrikanischen Savannen. Der aktuellen globalen Problemlage angemessen ist aber ein anderes Quintett: die fünf großen Massenaussterben der Erdgeschichte. Der erste sogenannte Faunenschnitt ereignete sich vor etwa 440 Millionen Jahren, der fünfte vor gut 60 Millionen Jahren. Bei allen einzelnen fünf Ereignissen starben jeweils 25 bis 50 Prozent der damals lebenden Arten aus. Während den Big Five der Massenaussterben natürliche Ursachen zugrunde lagen, verursachen beim aktuellen sechsten Massenaussterben, das längst begonnen hat, menschliche Aktivitäten den Exodus zahlreicher Arten auf dem Land und im Wasser: Wilderei, Überfischung, Vernichtung von Lebensräumen, Freisetzung von giftigen Stoffen wie Pestiziden und nicht zuletzt die menschengemachte globale Erhitzung.

Wie ernst die Lage ist, zeigt die Situation der Avifauna. Vögel dienen nach Ansicht der Weltnaturschutzunion (IUCN) als Barometer für das Artensterben, weil sie unter reger Beobachtung stehen und weil die Verluste in ihren Populationen Verluste bei anderen Klassen spiegeln, vor allem bei den Insekten. Nach IUCN-Angaben ist jede achte Vogelart vom Aussterben bedroht und fast jede zweite muss starke Bestandsverluste verkraften, nur bei sechs Prozent der Vogelarten wachsen die Bestände. In absoluten Zahlen: Seit 1980 gingen die Vogelpopulationen allein in der EU um 600 Millionen Individuen zurück.

Acht Jahre für die Trendwende

Keinen Moment zu früh kam daher das Weltnaturabkommen (Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework), auf das sich 196 Staaten im Dezember 2022 bei der Weltnaturkonferenz in Montreal einigten. Um gleich die wichtigsten Kritikpunkte daran zu äußern:

Wie viel Verbindlichkeit die Übereinkunft entfalten wird, muss sich noch zeigen, und um das Artensterben wirklich zu stoppen, gehen die Beschlüsse nicht weit genug. Aber es ist mehr und richtungsweisender als alles, was die Staatengemeinschaft jemals vereinbart hat. Um bis 2050 das Aussterben von Arten zu stoppen, sollen bis 2030 jeweils 30 Prozent der Gewässer und der Landfläche unter Schutz gestellt werden. Ebenfalls bis 2030 erklären die Unterzeichnerstaaten, 500 Milliarden US-Dollar umweltschädliche Subventionen zu unterlassen sowie den Stickstoffüberschuss beim Düngen und das Risiko durch Pestizide zu halbieren.

Dass interessierte Kreise nicht zögern würden, das Weltnaturabkommen zum Nachteil der Artenvielfalt auszulegen, demonstrierte die Brandenburger SPD unmittelbar nach der Einigung in Kanada. Das Weltnaturabkommen sei in ihrem Bundesland schon Realität, behauptete sie mit Verweis auf 34 Prozent unterschiedlich stark geschützte Landesfläche. Und kippte kurz vor Weihnachten den Gesetzesentwurf, der ein Verbot für Pestizide und mineralische Düngemittel in Naturschutz- und FFH-Gebieten vorsah. (Seite 2). Damit haben Brandenburgs Amphibien, Insekten und Feldvögel weiterhin schlechte Überlebenschancen.

Schutzgebiete müssen schützen

Auch in Berlin entfalten Schutzgebiete nicht immer die schützende Wirkung, die sie eigentlich haben sollten. In einigen als FFH-Gebieten geschützten Mooren der Berliner Wälder fördern die Wasserbetriebe seit Jahren mehr Wasser, als die Moore langfristig vertragen. Die einzige Möglichkeit, die Moore als Hotspots der Artenvielfalt dauerhaft zu schützen, ist aber, dort weniger Wasser zu fördern. Um das durchzusetzen, hat der BUND zusammen mit anderen Naturschutzverbänden die Senatsumweltverwaltung als verantwortliche Behörde verklagt. Das Urteil könnte 2023 fallen.

Allerdings gibt es auch gute Nachrichten aus der Berliner Verwaltung. In der bereits erwähnten Umweltbehörde kümmern sich nach langem Drängen der Naturschutzorganisationen nun drei Beschäftigte um die Ausweisung von Schutzgebieten, bislang war es nur eine. Von den knapp 40 Gebieten, die langfristig einen höheren Schutzstatus bekommen sollen, werden einige für die Biodiversität sehr bedeutende Areale wohl in näherer Zukunft als Natur- oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden, darunter die Lichterfelder Weidelandschaft, die unbebaut bleibenden Reste vom ehemaligen Flughafen Tegel, der Flughafensee und die Moorlinse in Buch.

Mehr statt weniger Stadtgrün

Angesichts des Drucks, den das Baugeschehen auf das Berliner Stadtgrün ausübt, drängt der BUND darauf, eine viel größere Kulisse als nur potenziellen Schutzgebiete vor Zerstörung und Versiegelung zu bewahren. Zwar hatte der damalige rot-rot-grüne Senat 2021 das vom BUND initiierte und als Charta für das Berliner Stadtgrün bekannt gewordene Freiflächensicherungsprogramm beschlossen. Im Abgeordnetenhaus wollte die SPD die Charta jedoch nur mit der Einschränkung beschließen, dass dem Schutz der Kleingärten, Friedhöfe, Landwirtschafts- und Brachflächen keine Bauwünsche entgegenstehen. Diese weichgespülte, den Sinn geradezu ins Gegenteil verkehrende Formulierung bringt der grünen Infrastruktur jedoch nichts.

Die nächste Berliner Regierungskoalition muss diese Blockade unbedingt auflösen. Das bedeutet nicht nur, die Charta für das Berliner Stadtgrün und eine am Klima- und Artenschutz orientierte Bauordnung zu beschließen, sondern grundsätzlich dem nur der Immobilienindustrie nutzenden Mantra „Bauen, Bauen, Bauen“ abzuschwören – den Menschen und den bedrohten wie auch unbedrohten Tieren in der Stadt zuliebe. *sp*

INHALT

Thema Artensterben

SPD und CDU kassieren Gesetzesentwurf: Insekten weiter schutzlos
Seite 2

„Man kann sicher nicht sagen, dass von Pestiziden keine Gefahren ausgehen“: Ökotoxikologe Carsten Brühl im Gespräch
Seite 3

AKTUELL

Volksentscheid Berlin klimaneutral 2030
Seite 4

Roden im Namen des Klimas: Waldzerstörung für Solarpark
Seite 4

Zukunft nur mit drei U: Der nächste Senat muss umdenken, umsetzen und umverteilen
Seite 5

BUNDJUGEND

Auf in die Welt der Commons! Wie eine sozialere und ökologischere Gesellschaft aussehen könnte
Seite 6

NATUR ERLEBEN

Fast wie im Mittelgebirge: Tageswanderung von Falkenberg nach Bad Freienwalde
Seite 7

ÖKOTIPP

Bio-Lebensmittel
Seite 7

KURZ & BUND

Vogelschlag melden
Seite 8

Artensterben in Zahlen
Seite 8

INFO

GEWILDERTE UND ÜBERFAHRENE WÖLFE

Seit 2010 wurden in Brandenburg 267 Wölfe tot aufgefunden. 201 von ihnen starben bei Verkehrsunfällen und 26 wurden illegal getötet. In den übrigen Fällen war die Todesursache natürlicher Art oder ungeklärt. Nur in vier Wildereifällen ermittelte die Staatsanwaltschaft mögliche Täter*innen. Zwei Verfahren wurden gegen Geldauflagen eingestellt, ein weiteres wegen mangelnden Tatverdachts eingestellt. In einem Fall läuft nach der Verurteilung in erster Instanz das Berufungsverfahren. Diese Zahlen nannte das Umweltministerium in einer Antwort auf eine Anfrage der Linken im Landtag. www.BUND-Brandenburg.de/wolf

AMPHIBIEN IN NOT

Nur drei von 13 in Berlin vorkommenden Amphibienarten geht es gut. Die anderen sind laut Roter Liste gefährdet oder bedroht, mit dem Europäischen Laubfrosch und dem Wasserfrosch sind zwei Arten ausgestorben oder verschollen. Wissenswertes über die Berliner Amphibien und ihre Vorkommen finden Sie im BUND-Amphibienflyer. www.BUND-Berlin.de/amphibien

AUSGETROCKNETE TÜMPEL

Die Krise der Berliner Amphibien hat wesentlich mit dem Zustand ihrer Habitate zu tun. Fast die Hälfte der Kleingewässer, die der BUND in vier Bezirken untersucht hat, befinden sich in einem schlechten Zustand. www.BUND-Berlin.de/kleingewasserreport

INSEKTENATLAS

Jede Menge Daten und Fakten zu Insekten, ihrer Rolle in der Landwirtschaft und ihrem Verschwinden. www.BUND.net/insektenatlas



Foto: Mario Site

Ihr Anliegen wird ignoriert: Über 73.000 Brandenburger*innen hatten die Volksinitiative für mehr Insektenschutz unterschrieben

INSEKTEN WEITER SCHUTZLOS

Nach über zwei Jahren Verhandlungen über ein Brandenburger Gesetz zum Insektenschutz machen SPD und CDU einen Rückzieher

Während Mitte Dezember vom in Montreal verabschiedeten UN-Übereinkommen zur biologischen Vielfalt ein zwar schwaches, aber immerhin positives Signal zum Artenschutz ausging, kam aus Potsdam eine schlechte Nachricht: Brandenburger Landnutzer*innen dürfen weiterhin Pestizide in Naturschutzgebieten ausbringen und in Flora-Fauna-Habitat-Gebieten (FFH-Gebieten) düngen und spritzen. Auch für die Gewässerrandstreifen wird es keinen wirksamen Schutz vor Pestiziden und Dünger geben. Die Verantwortung dafür tragen die beiden größeren Koalitionsfraktionen, die den mit den Naturschutzverbänden und den Landnutzerverbänden ausgehandelten Gesetzesentwurf zum Insektenschutz nicht mehr unterstützen. SPD und CDU handeln dabei in Übereinstimmung mit dem Bauernverband und den anderen im Lobbyverein „Forum Natur Brandenburg“ zusammengeschlossenen Landnutzerverbänden.

Die als „Insekendialog“ bezeichneten Verhandlungen zwischen Naturschutzverbänden, Landnutzer*innen und Regierungsfractionen gingen auf die erfolgreiche Volksinitiative „Artenvielfalt retten – Zukunft sichern!“ von BUND, NABU und weiteren Organisationen zurück, die 2019 über 73.000 Menschen in Brandenburg unterschrieben hatten. Weil parallel die Landnutzerverbände eine auf den ersten Blick ähnliche, aber weitgehend substanzlose Insektenschutz-Volksinitiative gestartet hatten, die knapp die 20.000 erforderlichen Unterschriften bekam, beschloss die Landtagsmehrheit, Verhandlungen mit den Trägern beider Volksinitiativen zu führen, um deren Forderungen in ein Gesetz zu überführen.

Dünger und Pestizide

Im Frühjahr 2021 einigten sich nach einem Moderationsverfahren alle Beteiligten unter anderem auf folgende Eckpunkte: Ab Januar 2023 keine Pestizide mehr in Naturschutzgebieten, ab 2028 auch in FFH-Gebieten nicht mehr. Ebenfalls 2028 sollten in allen Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten mineralische Stickstoffdünger verboten

werden. Für Gewässerränder war ab 2023 ein ganzjährig begrünter Streifen von fünf Metern Breite vorgesehen, auf dem Pflanzenschutzmittel und Dünger einschließlich Gülle und Festmist verboten sein sollten. Für die betroffenen Landwirt*innen war ein finanzieller Ausgleich vorgesehen. Die Vereinbarung sah außerdem vor, dass die Koalitionsfraktionen SPD, CDU und Grüne entsprechende Gesetzesentwürfe dem Landtag zügig zur Beschlussfassung vorlegen sollten. Das ist bis heute nicht geschehen.

Im Herbst 2022 wurde deutlich, dass SPD, CDU und Landnutzerverbände nur die „weichen“ Teile der Vereinbarung realisieren wollten, etwa eine Insektenkoordinierungsstelle und Förderung von Kommunen, die Blühstreifen anlegen. Zur Begründung, warum es nun doch keine Pestizid- und Düngerverbote in den sensibelsten und wertvollsten Gebieten geben soll, argumentierten SPD und CDU, dies habe sich durch Regelungen auf Bundesebene erledigt. Diese Behauptung ist jedoch falsch. So schränkt das Bundesrecht den Pestizideinsatz in FFH-Gebieten überhaupt nicht ein und in Naturschutzgebieten erlaubt es ihn eingeschränkt. Auch beim Schutz der Gewässerrandstreifen hätte der Gesetzesentwurf zum Insektenschutz deutliche Fortschritte gebracht. Um den Gesetzesentwurf zu retten, waren die Naturschutzverbände zu schmerzhaften Kompromissen bereit. So hatten sie vorgeschlagen, die Dünge- und Pestizidverbote in den FFH-Gebieten aus dem Gesetzesentwurf zu nehmen – verblich, denn am Ende verweigerte sich die vor allem die SPD allen verbindlichen Regelungen.

Die Aufkündigung des Insekendialogs durch SPD und CDU ist nicht nur eine Brückierung der über 73.000 Wahlberechtigten, die die Artenschutz-Volksinitiative unterstützt hatten, sondern ein konkreter Beitrag zur Fortsetzung des Artensterbens. Vorausgesetzt das Landesverfassungsgericht gibt grünes Licht, werden die Naturschutzverbände nun das Volksbegehren einleiten und wieder Unterschriften für ein Gesetz zum wirksamen Insektenschutz sammeln. *sp*

EDITORIAL

von Carsten Preuß, Franziska Sperfeld und Julia Epp

Liebe Leser*innen,

wenn Sie als Berliner*in diese BUNDzeit in der Hand halten, haben Sie kürzlich Ihre Kreuzchen bei der Wiederholungswahl des Abgeordnetenhauses gemacht oder werden das in den nächsten Stunden tun. Worüber Sie leider nicht abstimmen konnten, ist der Volksentscheid „Berlin 2030 klimaneutral“ (Seite 4). Für den gibt es auf Betreiben der SPD-geführten Innenverwaltung einen gesonderten Termin sechs Wochen später.

Was soll das? Der Extratermin kostet Millionen und macht Verwaltung und ehrenamtlichen Wahlhelfer*innen viel Arbeit. Das nimmt der Senat offenbar in Kauf, um die Beteiligung zu senken. Mit der Terminickserei düpiert er auch die 261.968 Berliner*innen, die mit ihrer Unterschrift für das Volksbegehren ein deutliches Zeichen für mehr Klimaschutz gesetzt hatten.



Auch in Brandenburg sabotieren die Regierenden mit dem aus der Volksinitiative „Artenvielfalt retten – Zukunft sichern“ entstandenen Gesetzesentwurf zum Insektenschutz derzeit ein Stück Volksgesetzgebung, das ein Meilenstein beim regionalen Kampf gegen das Artensterben sein könnte (mehr dazu auf dieser Seite oben). Diese Schwierigkeiten werden den BUND aber nicht davon abhalten, sich 2023 weiterhin für den Umwelt- und Naturschutz starkzumachen – wenn es passt auch wieder mit neuen Volksbegehren.

Wir wünschen Ihnen alles Gute im neuen Jahr!

C. Preuß *Franziska Sperfeld* *Julia Epp*
 Vorsitzender BUND Brandenburg Vorsitzende BUND Brandenburg Vorsitzende BUND Berlin

„MAN KANN SICHER NICHT SAGEN, DASS VON PESTIZIDEN KEINE GEFAHREN AUSGEHEN“

Ökotoxikologe Carsten Brühl über den Spritzkalender in der Landwirtschaft, untaugliche Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel und deren Auswirkungen auf Insekten und Amphibien

BUNDzeit: Herr Dr. Brühl, wie viele Pestizide sind in Deutschland zugelassen?

Carsten Brühl: Ungefähr 1.000 Produkte beziehungsweise knapp 300 Wirkstoffe, die Zahl schwankt immer ein bisschen. Aktuell liegt der Wert der ausgebrachten Pestizide bei drei Kilo Wirkstoff pro Hektar. Insgesamt werden auf der Agrarfläche etwa 35.000 Tonnen Wirkstoffe im Jahr ausgebracht. Die Anbaufläche selbst macht etwa 30 Prozent der Landesfläche aus.

In welchen Kulturen ist der Pestizideinsatz besonders stark?

Im Weinbau hat man viele Fungizide, im Obstbau neben Fungiziden auch Insektizide, der Gemüseanbau hat auch einen hohen Einsatz. Im Weinbau kommen zehn Fungizide zum Einsatz, im Obstbau 30 verschiedene Substanzen. Beispiel Apfel: Von der Blüte bis zur Ernte sind es 100 Tage, also rechnerisch jeden dritten Tag ein Pestizid. Oft werden mehrere Substanzen gleichzeitig ausgebracht.

Kann man von einer Art Spritzkalender sprechen?

Ja, die ganze Saison ist nach Vorgaben der Pflanzenschutzberatungsstellen durchgetaktet. Fungizide nimmt man vor allem, wenn das Risiko eines Befalls da ist. Es ist also eine prophylaktische Applikation. Der Landwirt wartet quasi auf die Nachricht: Achtung, die Wetterlage wird günstig für den Pilz, setze gegen den Befall jetzt folgendes Fungizid ein. Dann gehen alle gleichzeitig raus und applizieren die ganze Landschaft einmal durch. Beim Getreide wird erst ein Herbizid eingesetzt, gesät, dann wächst das Getreide, später gibt es ein Fungizid und je nach Risiko zum Beispiel noch ein Insektizid gegen Blattläuse. Und wenn das Wetter feucht ist vielleicht noch ein zusätzliches Fungizid.

Vor zehn Jahren haben Sie 150 Grasfrösche mit Pestiziden besprüht. Worum ging es dabei?

Um die Frage, ob Amphibien durch die bestehende Zulassung der Pestizide und die entsprechende Risikobewertung geschützt sind. Wir haben erst nach Literatur gesucht, aber es gab noch keine Veröffentlichungen, wie Pestizide auf Amphibien wirken. Deshalb haben wir in unserem Versuch angenommen, dass ein Frosch auf einem Acker sitzt und direkt übersprüht wird. Also das Worst-Case-Szenario mit direktem Kontakt. Egal ob Fungizide, Herbizide oder Insektizide, die Frösche sind an den meisten der eingesetzten Pestizidmitteln gestorben. Das Ergebnis an sich war nicht überraschend, weil Amphibien eine ganz andere Hautstruktur als Vögel oder Säugetiere haben, die bei der Zulassung betrachtet werden. Diese schotten sich mit der Haut von der Umwelt ab, während Amphibien über die Haut im Austausch mit der Umwelt stehen. Erstaunlich war, dass dies in 50 Jahren dauerhaftem Pestizideinsatz auf Agrarflächen noch nie untersucht wurde.

Spielen in den Zulassungsverfahren für Pestizide deren Auswirkungen auf Amphibien keine Rolle?

Bisher noch nicht. Und unsere Studie ist ja schon ein bisschen älter. Das zeigt, wie träge dieses Zulassungssystem ist.

Inwiefern schützen Schutzgebiete Tiere vor Pestiziden?

Wir haben uns in einer neueren Untersuchung die Belastung von Fluginsekten in Naturschutzgebieten in Deutschland angeschaut und festgestellt, dass sie im Mittel mit 16 verschiedenen Pestiziden, in der Spitze mit bis zu 30 Pestiziden belastet sind. Sehr wahrscheinlich geschieht die Belastung im Umland im Umkreis von etwa zwei Kilometern um das Schutzgebiet herum, dem durchschnittlichen Flugradius der Insekten. Auch die gemessene Mehrfachbelastung wird in der Zulassung überhaupt nicht abgebildet, denn die nimmt an, dass ein Organismus immer nur einem Stoff gegenüber exponiert ist.

Dann müsste man ja Tausende Wirkstoffkombinationen prüfen.

Hunderttausende. Das ist eine unlösbare Aufgabe. Im terrestrischen Bereich ist die Zulassung sehr mangelhaft; man kann sicher nicht sagen, dass von Pestiziden keine Gefahren ausgehen. Wir haben überall große Verluste in den Tier- und Pflanzengruppen. Die Insektenmasseuntersuchung vom Entomologischen Verein Krefeld hat nicht nur gezeigt, dass die Insekten verschwinden – 80 Prozent Verlust an Biomasse in 30 Jahren –, sondern auch, dass ein ganzes Nahrungsnetz vor dem Zusammenbruch steht. Und die Insekten sind nicht nur Nahrung für Vögel und Amphibien, sondern haben Funktionen wie Bestäubung oder Zersetzung von Dung, die sie aktuell nicht mehr so wie noch vor 30 Jahren erfüllen.

Lohnt es noch, am Verfahren der Pestizidzulassung herumzudoktern?

Das Problem ist komplex und wir haben bedauerlicherweise keine Zeit mehr, uns Gedanken über das Zulassungssystem zu machen, nur damit wir weiter so viele Pestizide wie heute ausbringen können.

Also 100 Prozent Ökolandbau sofort ...

Ja, so schnell es geht auf synthetische Pestizide verzichten! Insofern ist der Ansatz der EU-Kommission, bis 2030 den Pestizideinsatz zu halbieren, richtig. Die Herausforderung ist aber, das gesamte System zu ändern, nicht nur den Umgang mit Pestiziden. Die Landwirtschaft sollte wieder Nahrungsmittel für die lokale Bevölkerung produzieren. Warum muss Deutschland der größte Schweinefleischexporteur sein – und jeden Tag fast eine Million Euro Strafe an die EU zahlen, weil die Nitratwerte überschritten werden? Das ist alles andere als nachhaltig! Man muss jetzt auch in Forschung und Lehre investieren, denn wenn innerhalb der nächsten acht Jahren viele Landwirte auf Biolandbau umstellen sollen, muss man den Leuten das beibringen.

Wie sieht die Artenvielfalt in Gegenden mit überdurchschnittlich viel Ökolandbau aus?

Die meisten Studien zeigen, dass beim Ökolandbau die Diversität der betrachteten Artengruppen höher ist. Es gibt aber auch Studien, die das nicht zeigen. Daher läuft aktuell die Diskussion, ob Ökolandbau die Lösung ist, weil er ja auch Pflanzenschutzmittel einsetzt, halt keine synthetischen. Aber wir haben aktuell ein riesiges Meer von konventionellem Landbau und dazwischen ein paar Bio-Inseln. Man müsste das ganze Toolkit – Verzicht auf synthetische Pestizide, mehr Fruchtwechsel, Blühstreifen und Brachen, Sorten ohne Saatgutbeize, mehr Vielfalt der angebauten Sorten – auf größerer Ebene in einer Landschaft darstellen. Wenn man dann mehr Insekten und Vögel sieht, wäre das sehr überzeugend. Das könnte man zum Beispiel tun, indem man in einigen Regionen experimentelle Modelllandschaften einrichtet und dort misst, wie gut läuft die Umstellung auf Biolandbau, wie entwickelt sich die Biodiversität und wie geht es den Landwirten und der lokalen Bevölkerung damit. Diese großskaligen Untersuchungen sind dringend notwendig, um Lösungswege aufzuzeigen, die praktisch erfahrbar sind. Dann können sich Landwirte direkt anschauen, wie eine Umstellung läuft, wie zufrieden oder unzufrieden die Kollegen sind, und danach entscheiden. Leider geht das nicht mit einem einzelnen Hof, da die Insekten und Vögel recht mobil sind, aber mit einer Skala von fünf mal fünf Kilometer ließe sich etwas anfangen.

Das Interview führte Sebastian Petrich



ZUR PERSON

Carsten Brühl lehrt und forscht an der Universität Landau zu den Effekten von Pestiziden auf verschiedene Tier- und Pflanzengruppen und deren Interaktionen. In aktuellen Projekten untersucht er die reale Belastung von Böden, Pflanzen und Tieren durch Pestizide.

INFO

VOGELTOD AM BER

Der Flughafen Berlin-Brandenburg ist nicht nur eine CO₂-Schleuder, sondern auch Todesfalle für Tausende Vögel. Allein am Hauptgebäude von Terminal 1 wurden 20.000 Quadratmeter Glas verbaut, gegen die immer wieder Vögel prallen und anschließend verenden. Der BUND fordert, die Flughafengebäude von fachlich qualifizierten Vogelexpert*innen der Naturschutzverbände begutachten zu lassen und alle gefährlichen Bereiche vogelsicher nachzurüsten. www.umweltzoneberlin.de/2022/11/22

BRÜTENDE SINGVÖGEL SCHÜTZEN

Was kann man vor Ort für gebäudebrütende Singvögel wie Mauersegler und Schwalben tun? Das erfahren Sie am Online-Infoabend. 21.2.2023, 18 Uhr gstoo.de/mauersegler_schwalben

VOGELFREUNDLICH BAUEN

Dass Artenschutz beim Bauen nicht zwangsläufig Verzicht auf Licht und Glas bedeutet, zeigen zwei neue BUND-Veröffentlichungen. Die von der Umweltsenatsverwaltung geförderte Broschüre „Schutz der biologischen Vielfalt am Gebäude“ beschäftigt sich mit Gebäudebrütern, Vogelschlag und Lichtverschmutzung und stellt neben Fakten und Lösungen gesetzliche Lage und Berliner Behördenpraxis vor. www.BUND-Berlin.de/bau-artenschutz

In der Fachpublikation „Vogelfreundlich Bauen mit Glas und Licht“ geben führende Fachleute einen Überblick über den Stand der Forschung zum Thema Vogelschlag, zeigen praktische Lösungen auf und räumen mit verbreiteten Irrtümern auf. Die Broschüre liegt auch auf Französisch und Italienisch vor. www.vogelglas.info

ODER-AUSBAU VORLÄUFIG GESTOPPT

Das woiwodschäftliche Verwaltungsgericht in Warschau hat die Genehmigung für den Ausbau der Oder vorläufig aufgehoben. Damit ist eine Klage von BUND, NABU und Deutschem Naturschutzring erfolgreich. Die Bauarbeiten auf der polnischen Seite des Grenzflusses sind zwar nicht endgültig vom Tisch, müssen aber bis zum Ende des Hauptsacheverfahrens ruhen. In ihrer Klage hatten die Naturschutzverbände darauf abgestellt, dass die polnischen Behörden nicht geprüft hatten, ob die gravierenden Eingriffe in die Oder tatsächlich im öffentlichen Interesse liegen und ob es geeignete Alternativen dazu gibt.

ENERGIETAGE 2023

Die aktuellen energie- und klimapolitischen Herausforderungen sind vielfältig. Die ENERGIETAGE 2023, die vom 3. bis 5. Mai digital und vom 22. bis 24. Mai in Präsenz in Berlin stattfinden, diskutieren lösungsorientiert aktuelle politische Weichenstellungen, technische Innovationen und vielfältige Praxisaspekte. An der Leitveranstaltung der Energiewende in Deutschland beteiligen sich verschiedene Bundesministerien, Verbände, wissenschaftliche Einrichtungen sowie Unternehmen mit eigenen Veranstaltungen. Die Teilnahme ist kostenfrei. www.energietag.de

MEIFAIR

Die Ideen und Bedürfnisse junger Menschen während des Strukturwandels in der Lausitz zu stärken, ist Absicht des neuen Projekts „Mein grün-faires Revier“ (MeiFair) von BUND, BUNDjugend und des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen. Mehr dazu in der nächsten BUNDzeit.

BERLIN KLIMA-NEUTRAL 2030

Bitte stimmen Sie beim Volksentscheid am 26. März mit Ja!

Derzeit ist die gesetzliche Lage wie folgt: Bis 2045 sollen die in Berlin ausgestoßenen Treibhausgase um 95 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. So steht es im Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz (EWG). Diese Gesetzeslage hat aus Sicht des Bündnisses, das mit einem erfolgreichen Volksbegehren den jetzt anstehenden Volksentscheid „Berlin klimaneutral 2030“ erzwungen hat, zwei gravierende Nachteile. Erstens handelt es sich bei der offiziellen Berliner CO₂-Einsparvorgabe nur um ein unverbindliches Ziel, nicht aber um eine gesetzliche Verpflichtung. Zweitens kommt die Minderung der Treibhausgasemissionen deutlich zu spät. Um wie im Pariser Klimaschutzabkommen vereinbart die globale Erwärmung auf ein 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, müssen wirksame Klimaschutzmaßnahmen früher greifen, weil das Klimasystem andernfalls zu viele Kippunkte erreicht, deren Überschreiten eine unkontrollierbare Entwicklung in Gang setzt.

Die beim Volksentscheid zur Abstimmung stehenden Änderungsvorschläge des EWG sollen diese Mängel korrigieren. Statt 2045 soll 2030 als der Termin festgelegt werden, bis zu dem die Klimaneutralität (Reduktion der CO₂-Emissionen um 95 Prozent gegenüber 1990) realisiert wird. Für das Jahr 2025 soll eine CO₂-Reduktion um 70 Prozent verbindlich werden. Statt von Zielen spricht der Änderungsentwurf von Verpflichtungen. Eine weitere wichtige begriffliche Präzisierung: Bei allen Maßnahmen geht es nicht nur um CO₂, sondern um sämtliche Treibhausgase.

Um den Abschied von den fossilen Energien zu beschleunigen, sieht „Berlin klimaneutral 2030“ unter anderem folgende Änderungen vor: Das Land Berlin verpflichtet sich, bis 2030 den öffentlichen Gebäudebestand zu energetisch zu sanieren, bislang strebte das EWG dies bis 2045 an. Statt die vermehrte



Der bedrohte Wald von Hohenhausen, rechts die Alte Oder

RODEN IM NAMEN DES KLIMAS

Bei Hohensaaten will ein Investor einen Solarpark bauen und dafür Wald zerstören, in dem seltene, geschützte Arten leben.

Wenn es nach der Lindhorst-Gruppe geht, entsteht bald nahe des Bad Freienwalder Ortsteils Hohensaaten eine der größten Photovoltaikanlagen Deutschlands. Für dieses Vorhaben hat sich der Agrar- und Immobilienkonzern ausgerechnet einen Mischwald ausgesucht, der für streng geschützte Arten wie Seeadler, Schwarzstorch und Uhu einen Brut- und Lebensraum darstellt. Neben der Solaranlage plant Lindhorst einen Industrie- und Gewerbepark, in dem sich Betriebe mit hohem Energiebedarf niederlassen sollen. Insgesamt will der Investor 370 Hektar Wald roden und teilweise versiegeln lassen; diese Fläche ist größer als die Tesla-Autofabrik in Grünheide.

Irreführenderweise behauptet die Lindhorst-Gruppe, es handle sich um einen „minderwertigen Wald“. Das Gelände sei aufgrund seiner Geschichte als Sprengstoffproduktionsort während der Nazizeit und später als NVA-Tanklager obendrein verseucht und belastet. Das ist falsch. Nach 1990 wurden die belasteten Bereiche saniert und ein ehemaliges Tanklager demontiert, sodass es aus Sicht des Umweltamts keine zu räumenden Altlasten gibt, solange keine Bodenbewegungen durch Bauaktivitäten stattfinden. Längst haben seltene Fleckmausarten die Bunkerreste als Quartier entdeckt.



Foto: Björn Ohmann

Der Protest half nicht: Die SPD verhinderte den gemeinsamen Termin von Wahl und Volksentscheid

Erzeugung und Nutzung von erneuerbaren Energien auf öffentlichen Liegenschaften nur anzustreben, soll das Land nun alle erforderlichen Schritte dazu unternehmen. Während der Berliner Senat laut EWG bislang für eine „sichere, preisgünstige und klimaverträgliche“ Strom- und Wärmeversorgung in der Stadt sorgen sollte, ist es im abzustimmenden Änderungsvorschlag eine „klimaverträgliche und sichere“. Sollten die aus dem EWG abgeleiteten Maßnahmen zu einer erhöhten Nettowarmmie führen, sollen die Betroffenen den Erhöhungsbeitrag als monatlichen Zuschuss aus dem Landeshaushalt erhalten.

Weil der BUND eine deutliche Treibhausgasreduktion bis 2030 für möglich und nötig hält, ruft er im Gegensatz zur amtierenden rot-grün-roten Koalition die Wahlberechtigten auf, beim Volksentscheid am 26. März mit „Ja“ für „Berlin klimaneutral 2030“ zu stimmen. Der Volksentscheid soll das Zeichen setzen, jetzt konsequenten und radikalen Klimaschutz zu beginnen und die dafür nötige gesellschaftliche Dynamik in Gang zu setzen.

www.klimaneustart.berlin



Fotos: BUND Berlin

Die Take-away-Gastronomie braucht Unterstützung bei der Einführung von Mehrweggefäßen

ZUKUNFT NUR MIT DREI U

Wenn Berlin trotz Klimakrise und Artensterben eine funktionierende und lebenswerte Stadt bleiben soll, muss der nächste Senat vor allem drei Dinge tun: umdenken, umsetzen, umverteilen

Nach fünf Dürrejahren in Folge sind die ersten Konsequenzen der globalen Erwärmung längst im Berliner Stadtbild sichtbar: gelbe Grünanlagen, abgestorbene Jungbäume, ausgetrocknete Kleingewässer. Und das dürfte erst der Anfang sein. Was dagegen nirgendwo zu sehen ist: ein echtes **Umdenken** in der Berliner Politik. Nicht in der Verkehrspolitik, nicht in der Energiepolitik und schon gar nicht in der Baupolitik. Angesichts der sich überlagernden und gegenseitig verstärkenden Krisen müssen Politik und Verwaltung auf Landes- und Bezirksebene radikal umdenken und Klima- und Artenschutz zu den zentralen Handlungsfeldern der Stadt von morgen machen.

An Lösungsansätzen mangelt es nicht, es gibt sie in allen Sektoren. Doch selbst in den Fällen, in denen alle drei Parteien der bisherigen Koalition einer Meinung waren, ging es kaum voran. Dieses Defizit beim **Umsetzen** ist einer nur noch sehr bedingt handlungsfähigen Verwaltung geschuldet. Der neue Senat wird nicht umhinkommen, die Aufgabenteilung zwischen den Hauptverwaltungen untereinander, vor allem aber zwischen Landes- und Bezirksebene neu und eindeutig zu regeln. In den wichtigen Zukunftsfragen müssen die Verwaltungen so viel fachliche Kompetenz aufbauen, dass sie unabhängig entscheiden und auch Weisungen an die kommunalen Betriebe erteilen können. Nur dann lässt sich die bisherige Praxis beenden, dass die Berliner Stadtreinigung die Abfallpolitik und die Wasserbetriebe die Wasserpolitik bestimmen.

Die dringendsten Maßnahmen

Ganz egal, wie die nächste Regierungskoalition zusammengesetzt ist, sie muss aus Sicht des BUND umgehend beginnen, die folgenden Maßnahmen umzusetzen.

Netto-null-Neuversiegelung: Der Flächenverbrauch muss so schnell wie möglich gestoppt werden. Berlins grüne Infrastruktur aus Kleingärten, Friedhöfen, Landwirtschafts- und Brachflächen darf nicht dem Baufieber zum Opfer fallen.

Bauordnung: Die überfällige Novelle der Bauordnung hat sich am Klima- und Artenschutz zu orientieren.

Baumschutzverordnung: Muss zügig verschärft werden. Da es sich um eine sogenannte Senatorenverordnung handelt, muss kein Konsens im Senat herrschen.

Wasser: Bedingt durch seine Lage in einer der trockensten Regionen Deutschlands muss Berlin seine nasse Ressource umfassend und unverzüglich schützen. Das bedeutet Mindestgrundwasserstände definieren, die Entsiegelung stadtweit vorantreiben und ökologische Vorrangflächen wiedervernässen. Weil allzu häufig Trinkwasser zu Zwecken genutzt wird, die nichts mit Trinken, Kochen und Waschen zu tun haben, muss sein Verbrauch durch eine entsprechende Preisgestaltung gelenkt werden. Die dezentrale Grauwasserumstellung und alle Versickerungspotenziale gilt es auszuschöpfen – vom Dach bis zur Straßenebene.

Vergärung statt Verbrennung: Die Berliner Stadtreinigung soll umgehend eine zweite moderne Biogasanlage für den Abfall aus der Biotonne errichten. Neue Verbrennungskapazitäten für Sperrmüll und Restmüll soll sie dagegen nicht aufbauen dürfen, solche Abfälle gilt es schließlich drastisch zu reduzieren.



Die Baumschutzverordnung gilt nicht in Grünanlagen: einer der Gründe für eine Novellierung



Fotos: Sebastian Perlich

Umverteilen oder entsiegeln: Asphalt gibt es genügend

Ressourcen sind endlich. Das gilt auch für Boden und Natur. Statt immer mehr davon zu verbrauchen, müssen wir in Berlin die bestehenden Flächen **umverteilen**. Weniger Platz für fahrende und parkende Autos, mehr Platz für Bahnen und Busse, Radfahrende und Zufußgehende. Der Gebäudebestand muss umgebaut, umgenutzt und aufgestockt werden, um mehr Wohnfläche ohne weitere Flächeninanspruchnahme schaffen zu können. Die Netto-null-Neuversiegelung – also die Regel, dass für jeden Quadratmeter neuversiegelter Boden ein Quadratmeter entsiegelt wird – muss in der Innenstadt 2025 und berlinweit spätestens 2030 Realität werden. Sozial gerecht umverteilt gehören auch die Lasten steigender Energiekosten. Damit die energetische Sanierung des Gebäudebestands endlich Fahrt aufnimmt, sollen Immobilieneigentümer*innen und Haushalte je nach Leistungsfähigkeit einen angemessenen Anteil an den Umbaukosten tragen, während die öffentliche Hand effektive, verlässliche und sozial ausgewogene Förderprogramme auflegt.



Energie- und Abfallberatung: Alle Berliner*innen sollen in ihren Kiezen Angebote für Abfall- und Energieberatungen erhalten. Dazu braucht es dauerhafte Strukturen und Finanzierung. In ganz Berlin sollen Gastronom*innen Unterstützung bei der Einführung von Mehrwegangeboten beim Take-away bekommen.

Wärmewende: Ebenso wichtig wie die Umstellung auf klimaneutrale Wärmequellen ist die drastische Reduzierung des Energiebedarfs durch Sanierung des Gebäudebestands. Das gilt auch für die besonders energieintensiven Krankenhäuser. Die Wärmeplanung und der klimafreundliche Betrieb der Netze sind demokratisch legitimierte Hoheitsaufgaben, die der Grundversorgung dienen.

Erneuerbare Energien: Der nächste Senat muss unverzüglich die Installation von Photovoltaik- und Windkraftanlagen in Berlin forcieren – naturschutzkonform und im Stadtbild sichtbar. Auch geothermische Anlagen, Wärmepumpen und Speichertechnologien sollen so schnell wie möglich fossile Erzeugungsanlagen verdrängen.

Kein Straßenneubau: Neue Asphaltpisten wie die verlängerte A 100 oder die Tangentiale Verbindung Ost (TVO) vertragen sich nicht mit Klimaschutz und Mobilitätswende und dürfen daher nicht weiterverfolgt werden.

Straßenbahn: Der zügige Ausbau des Tramnetzes muss oberste Priorität bekommen, dabei könnte eine zentrale Koordinierungsstelle für Beschleunigung sorgen. Weil er lange dauert, viel Geld kostet und eine ungünstige Klimabilanz aufweist, ist der U-Bahnausbau dagegen kein sinnvoller Beitrag zur Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs.

MEHRWEGPFLICHT FÜR TAKE-AWAY

Seit dem 1. Januar muss die Gastronomie Mehrweg-Alternativen zu den üblichen Wegwerfverpackungen für Essen und Trinken zum Mitnehmen anbieten. Davon sind allerdings kleinere Betriebe mit weniger als fünf Beschäftigten und maximal 80 Quadratmetern Verkaufsfläche ausgenommen. Von den Kund*innen mitgebrachte Gefäße müssen aber auch sie befüllen. Der BUND fordert ein berlinweites Beratungsangebot für gastronomische Betriebe, ein Förderprogramm für Betriebe, die komplett auf Mehrweg umstellen, aber auch Kontrollen durch die Vollzugsbehörden. Mehr zu Mehrwegverpackungen in der Gastronomie unter essenimmehrweg.de

JOHANNISTHALER STREUOBSTWIESE IN GEFAHR

Eine anderthalb Hektar große Streuobstwiese soll am Eisenhutweg in Johannisthal (Treptow-Köpenick) einem Schulneubau weichen. Dabei ist das Gelände eigentlich groß genug, um die geplante Grundschule neben den alten Obstbaumbeständen zu bauen. Ein vergleichbares Biotop zu schaffen, würde an anderer Stelle über 30 Jahre dauern. Der BUND setzt sich daher dafür ein, dass dieser Eingriff unterbleibt und bereitet sich mit den anderen Naturschutzverbänden auf eine Klage vor.

MOORATLAS

Moore spielen eine sehr wichtige Rolle für das Klima und die Artenvielfalt, doch über 90 Prozent der Moore in Deutschland sind trockengelegt oder geschädigt. Was die weltweite Moorzerstörung antreibt, welche Folgen sie hat und wie wir sie stoppen können, zeigt der neue Mooratlas. www.BUND.net/mooratlas

TORFFREI GÄRTNERN

Warum torfhaltige Blumen-erde eine schlechte Kaufentscheidung ist und welche moorverträglichen Alternativen es gibt, lesen Sie unter www.BUND.net/torffrei



BUNDjugend
YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

TERMINE

Weitere Termine und alle Infos findest du unter:



www.BUNDjugend-berlin.de/termine



www.BUNDjugend-brandenburg.de/termine

BERLIN

HOW-TO-ACTIVISM

Wir wollen euch zeigen, wie man wirksamen Aktivismus betreiben und erfolgreiche Kampagnen aufbauen kann! 28.–30.4.2023

JULEICA

In der Juleica-Schulung geben wir euch die wichtigsten Methoden mit auf den Weg, um (Jugend-) Gruppen anzuleiten und zu betreuen! 17.–21.5.2023

BUNDJUGEND BAR

Du hast Lust, die BUNDjugend Berlin kennenzulernen? Dann schau gerne an jedem ersten Freitag im Monat bei uns vorbei! Nächste Termine: 3.3.2023, 14.4.2023 und 5.5.2023

BRANDENBURG

JUMV'S

Zusammen mit Brandenburger Vereinen (NAJU, NFJ, JuFoNa) treffen wir uns im Freizeit- und Gästehaus am Wald mit unseren Vorständen und Aktiven, um uns mehr zu vernetzen und gemeinsam Aktionen zu planen. Bei Interesse per E-Mail (mail@BUNDjugend-brandenburg.de) melden! 24.–26.2.2023

JULEICA

In der Juleica-Schulung geben wir euch die wichtigsten Methoden mit auf den Weg, um (Jugend-) Gruppen anzuleiten und zu betreuen. Anmeldung per E-Mail und auf der Webseite Modul 1: 21.–23.4.2023 Modul 2: 12.–14.5.2023

BUNDJUGEND BAR

Die Biju Bar ist ein Aktiven- und Vernetzungstreffen jeden zweiten Donnerstag in Potsdam, bei dem du uns kennenlernen und unser cooles Programm genießen kannst!

AUF IN DIE WELT DER COMMONS!

„Commons und Commening“ – im Seminarraum der BUNDjugend Berlin konnte man diese Begriffe in den letzten Monaten immer wieder hören. Denn wir im Arbeitskreis (AK) Postwachstum wollen wissen, wie eine sozialere und ökologischere Gesellschaft aussehen kann.

Wieso eigentlich Commoning?

Der AK Postwachstum trifft sich jeden Dienstagabend im Büro der BUNDjugend Berlin, um über Alternativen zum bestehenden Kapitalismus zu diskutieren. Ursprünglich hatten wir uns mit dem Thema Eigentum auseinandergesetzt. Der*die Eigentümer*in einer Sache darf nach Belieben mit ihr verfahren und andere von der Nutzung ausschließen – unabhängig davon, ob die Person sie verwendet und ob eine andere Person sie dringend braucht.

Je länger wir über das Prinzip von Eigentum diskutierten, desto mehr Konflikte fanden wir. Was ist, wenn ein Mensch hungert und ein anderer hat viel Essen, aber möchte nichts abgeben? Und überhaupt – was rechtfertigt es, dass einzelne Menschen große Mengen an Ressourcen und Gütern (Geld, Rohstoffe, Land, Nahrung, Wohnraum, Energie etc.) besitzen können, während andere sie dringend brauchen? Währenddessen ist es in Zeiten der Klimakrise notwendiger denn je, die natürlichen Ressourcen möglichst effizient einzusetzen, damit sie den Bedarf von möglichst vielen Menschen decken. Das Prinzip von Eigentum wirkt also sowohl ökologisch als auch sozial viele Probleme auf. Und deshalb machten wir uns auf die Suche nach Alternativen.

Wie funktionieren Commons?

Ein Commons beschreibt den Prozess der Nutzung und Erhaltung von Ressourcen durch eine Gruppe von Menschen, die sich selbst organisiert und dabei die Regeln ihres Miteinanders festlegt. Bei der kollektiven Landwirtschaft wird beispielsweise zunächst gemeinsam überlegt, was angebaut wird, die Arbeitsverteilung organisiert und die Ernte dann aufgeteilt. Wer wie viel macht und wer wie viel bekommt, soll sich nach den Kapazitäten und Bedürfnissen der Menschen richten. Damit alle möglichst zielorientiert arbeiten können, wird Wissen innerhalb des Commons weitergegeben.

Das Prinzip von Commoning bedeutet also auch ein Zusammenleben, das die Grundprinzipien unserer kapitalistischen Gesellschaft auf den Kopf stellt: In der Handels- und Tauschlogik wird der Vorteil der einen Person zum Nachteil einer anderen: Je besser die Konkurrent*innen abschneiden, desto schlechter steht eine Person im Vergleich da.

Vorschlag: Da im Gegensatz dazu beim Commoning eine möglichst gute Versorgung aller erreicht werden soll, profitieren die Menschen von den verschiedenen individuellen Fähigkeiten und können gegenseitig voneinander lernen.

Diese Art des Zusammenlebens soll auch eine ressourcenschonende und bedürfnisorientierte Produktion von Gütern möglich machen: In der Marktwirtschaft hängt die Produktion von Profitinteressen ab, sodass im Normalfall weit mehr als benötigt und ohne Beachtung der natürlichen Grenzen produziert wird und anschließend Käufer*innen durch Werbung und Marketingstrategien zum Kauf verleitet werden. Beim Wirtschaften in Commons soll zuerst geschaut werden, was und wie viel benötigt wird und im Einklang mit den natürlichen Grenzen produziert werden kann. Genau danach soll sich die Produktion dann ausrichten.

Zum Weiterlesen:
(Eva Redecker) Revolution für das Leben;
Frei, fair und lebendig – die Macht der Commons
(Silke Helfrich und David Bollier)



Commons als Gesellschaftsform

Funktionieren Commons auch in größerer Form? Vielleicht sogar als ganze Gesellschaft? Als wir uns das im AK Postwachstum fragten, fanden wir viele Beispiele von Commons-gesellschaften unterschiedlicher Größe. Besonders fasziniert haben uns die Zapatistas:

Die „Zapatistas“ sind eine aus überwiegend indigener Bevölkerung bestehende Bewegung, die in Mexiko gegen Unterdrückung, Landraub und kapitalistische Verhältnisse kämpft. Sie sind in basisdemokratischen Gemeinden organisiert, in denen die Menschen nach dem Commonsprinzip gemeinsam darüber entscheiden, was und wie produziert wird. Zusätzlich zu den einzelnen Kommunen gibt es Verwaltungszentren. Sie dienen dem Austausch zwischen den einzelnen Kommunen und unterhalten kollektive Infrastruktur wie Kultureinrichtungen, weiterführende Schulen und Krankenstationen.

Trotz der Bekämpfung durch die mexikanische Regierung hat es die zapatistische Bewegung geschafft, mehr und mehr Einfluss zu gewinnen, und umfasst inzwischen über eine Million Menschen – ein inspirierendes Beispiel für die Macht der Commons!

Erste Schritte in die Commons

Zugegeben, das ist viel vorgenommen. Aber es gibt viele Ideen dazu, wie wir die ersten Schritte in Richtung einer Commons-Gesellschaft gehen können:

Zum einen können wir das Prinzip von Commoning zunächst in Bereichen in der Stadt etablieren. Wie zum Beispiel beim „Urban Gardening“ und „Urban Farming“, bei denen Menschen gemeinsam landwirtschaftliche Nutzfläche bebauen. Die „Prinzessinnengärten“ in Neukölln, die vom Kollektiv „Nomadisch Grün“ bebaut werden, und der Gemeinschaftsgarten „Himmelbeet“ im Wedding sind nur zwei von vielen Projekten dieser Art in Berlin.

So richtet sich die Gestaltung der Stadtwelt nach denen, die sie bewohnen, und nicht nach Gewinnintentionen von Investor*innen. Mehr gemeinsam genutzte Grünfläche wirkt sich außerdem positiv auf die Umwelt aus und gibt uns Menschen mehr Raum für Austausch und gemeinsames Schaffen. Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt ist es, ausgeprägtere Commons (wie die Zapatistas oder auch alternative Kommunen in Deutschland) auszuweiten und zu unterstützen.

Uns hat das Thema der Commons in den vielen Arbeitskreistreffen sehr inspiriert, weil es zeigt, dass eine bessere, sozialere und ökologischere Gesellschaft möglich ist. Wir als AK Postwachstum und BUNDjugend Berlin wollen weiterhin unsere Vorstellung von Alternativen zum Kapitalismus schärfen und mehr und mehr Menschen mitnehmen, um gemeinsam eine bessere Welt aufzubauen!

Leander Umezulike



Der „Thüringer Blick“ ins Hammerthal

FAST WIE IM MITTELGEBIRGE

Eine Tageswanderung mit viel Auf und Ab von Falkenberg nach Bad Freienwalde

Bis zu 160 Meter beträgt der Höhenunterschied zwischen dem Hochplateau des Barnim und der Tiefebene des Oderbruchs. Am für brandenburgische Verhältnisse erstaunlich steilen Übergang dieser beiden Landschaften liegen die Gemeinden Falkenberg (Mark) und Bad Freienwalde. Der in nahezu allen märkischen Ecken bewanderte Outdoor-Schriftsteller Theodor Fontane schrieb 1863 über sie, Falkenberg verhalte sich zu Freienwalde wie Heringsdorf zu Swinemünde: „Ein Dorf, das durch seine Lage, vielleicht auch durch den schlichten Zauber des Ländlichen bevorzugt, dem eigentlichen Badeorte gefährlich zu werden droht“. Ob das auch 2023 noch gilt?

Wir starten die Inaugenscheinnahme an einem bewölkten Wintersonntag am Bahnhof Falkenberg. Ein leichter Holzfeuergeruch liegt in der Luft, kein Mensch auf der Straße, in der Ferne bellt ein Hund. Das lassen wir als ländlichen Zauber gelten, ein Punkt geht an Fontane. Viel interessanter als der Vergleich der beiden Orte ist aber der Wanderweg, der sie verbindet. Er beginnt in Falkenberg dort, wo das Sträßchen Fontaneweg in einen Forstweg übergeht. Allerdings folgen wir nicht dem Forstweg, sondern einem an dieser Stelle scharf links abzweigenden Fußweg mit Wandermarkierung (blauer Querstrich auf weißem Grund und roter Punkt auf weißem Grund).

Gipfelstürmertour nennt das örtliche Tourismusmarketing diesen Weg und übertreibt damit nur ein bisschen. Beständig geht es steil bergauf und bergab, immer wieder zeigt sich in Richtung Osten das Flachland des Oderbruchs. Der höchste Gipfel unserer Tour liegt 106 Meter über dem Meer, der Märkische Watzmann. Der Legende nach verpassten ihm bayrische Landsknechte den Namen, die sich in der nahen Burg Malchow verdingten. Damals war der Gipfel nicht bewaldet und gestattete einen weiten Blick in alle Richtungen. Burg Malchow befand sich nur knapp einen Kilometer weiter nördlich auf einer Anhöhe namens Schloßberg. Statt einer Burg steht dort heute nur ein nicht begehrter Zierturm, der einem Reichskanzler des späten 19. Jahrhunderts gewidmet ist.

Rund zwei Kilometer nach dem Watzmann-Gipfel stoßen wir auf den einen ehemaligen Mühlteich, den Teufelssee. In diesem extensiv als Angelrevier genutzten Gewässer mit einer kleinen

Insel sind seit einigen Jahren auch Biber aktiv. Doch die Idylle ist bedroht, denn der Bundesverkehrswegeplan sieht vor, eine westliche Umfahrung für die Bundesstraßen B 158 und B 167 zu bauen, die sich in Bad Freienwalde kreuzen. Diese 5,2 Kilometer lange und 22 Millionen Euro teure Neubaustraße (Stand 2021) würde nur 500 Meter östlich des Teufelssees das FFH-Gebiet „Sonnenburger Wald und Ahrendskehle“ zerschneiden, in dem 15 nachgewiesene Fledermausarten leben. Zwar hat die Bad Freienwalder Stadtverordnetenversammlung das Bauvorhaben abgelehnt, das Haus von Bundesstraßenbauminister Volker Wissing (FDP) hält aber daran fest.

Auf dem nördlichen Seeufer folgen wir dem Wanderweg und passieren alsbald eine Kleingartenkolonie. Die Transparenz an den Zäunen sind unübersehbar, sie fordern: „Keine Ortsumgehung durch unser schönes Hammerthal“. Bei erster Gelegenheit gilt es für einen steilen Aufstieg nach rechts abzubiegen. Die nächste Attraktion ist der Aussichtspunkt „Thüringer Blick“, von dem man allerdings gen Norden sieht. Angeblich ist die Mittelgebirgsatmosphäre für die überraschende Namensgebung verantwortlich. Von hier fällt der Blick wieder einmal auf die Weite des Oderbruchs, hügeligen Mischwald, den Bismarckturm auf der gegenüberliegenden Seite des Hammerthals – und eine große kahle Fläche, Überbleibsel einer der größten Tongruben Brandenburgs.

Etwa 200 Meter nach dem Thüringer Blick müssen wir uns entscheiden: entweder auf direktem Weg zum Bahnhof Bad Freienwalde (2,4 Kilometer) oder ein kleiner Schlenker über den Kurpark (3,6 Kilometer). Bei letzterer Variante kommen wir am Museum „Haus der Naturpflege“ mit Eulenturm sowie Schau- und Lehrgarten vorbei. Diese seit 1960 bestehende Einrichtung geht auf den DDR-Naturschutzpionier Kurt Kretschmann zurück, der sich im Zweiten Weltkrieg als Deserteur auf dem Grundstück versteckt hatte. Die von ihm gezeichnete Waldohreule wurde 1971 das offizielle Naturschutzzeichen der DDR und fand nach 1990 auch in westlichen Bundesländern Verbreitung. sp

www.haus-der-naturpflege.de
www.rettet-das-hammerthal.de
Anfahrt: Mit RB 60 über Eberswalde

ÖKOTIPP: BIO-LEBENSMITTEL

Gibt es bei einem so komplexen Problem wie dem Artensterben auch eine einfache Antwort? Ausnahmsweise ja, nämlich folgende: Wir als Verbraucher*innen können mit unseren Kaufentscheidungen einen ganz konkreten Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt leisten, indem wir Lebensmittel aus ökologischer Erzeugung kaufen.

Eine Vielzahl von Studien hat mittlerweile belegt, dass überall dort, wo Landwirt*innen keine chemisch-synthetischen Pestizide und keinen mineralischen Stickstoffdünger einsetzen, der Rückgang von Insekten, Feldvögeln und Amphibien weniger drastisch ausfällt als in der konventionellen Landwirtschaft. Außerdem belasten biologisch wirtschaftende Betriebe dank der niedrigeren Tierdichte und des Verzichts auf mineralischen Stickstoffdünger Grundwasser und Fließgewässer weit weniger mit Nitraten als ihre konventionelle Konkurrenz; auch die Haltungsbedingungen der Tiere sind in der Regel besser.

Worauf also noch warten? Ende 2021 lag der Marktanteil von Bio-Lebensmitteln bei 6,8 Prozent; es gibt also noch

erhebliches Steigerungspotenzial. Doch die starke Inflation im Gefolge des russischen Überfalls auf die Ukraine hat der Bio-Branche den größten Umsatzrückgang seit Jahrzehnten eingebracht. Dabei war die Preisschere zwischen ökologischen und konventionellen Lebensmitteln noch nie so klein wie heute: Bio-Lebensmittel verteuerten sich im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich weniger als konventionellen Produkte, zum Beispiel Eier (bio 6,3 Prozent, konventionell 20,6 Prozent), Gemüse (bio 4,3 Prozent, konventionell 8,3 Prozent) und Brot (bio 4,8 Prozent, konventionell 8,1 Prozent). Fazit: Wenn wir ohnehin mehr Geld für Essen ausgeben müssen, dann am besten so, dass das Artensterben ein wenig aufgehalten wird.

Auf dem Portal der Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg findet sich eine Übersicht unter anderem von Naturkostläden, Bio-Supermärkten, solidarischer Landwirtschaft, Bio-Bäckereien und -Fleischereien, Abokisten, Märkten mit Bio-Ständen und Gastronomie mit Bio-Essen. www.bio-berlin-brandenburg.de

Foto: Sebastian Perlich

NATUR ERLEBEN

MITMACHEN

BÜRGERWISSENSCHAFTLICHE MESSKAMPAGNE

Welche Tiere leben im Grundwasser unter Berlin? Dieser Frage geht das BUND-Projekt „Lebendiges Grundwasser“ an mehr als 30 Orten der Hauptstadt nach. Die Frühjahrsmesskampagne führt der BUND erneut zusammen mit interessierten Bürger*innen durch. Vielleicht auch mit Ihnen? Kontaktieren Sie uns unter grundwasserschutz@BUND-Berlin.de! 21.2.–7.3.2023 www.BUND-Berlin.de/grundwasser

INFO-STUNDE ZU MOOREN

Die Moor-Expertin Beate Gall informiert im Online-Vortrag über die Brandenburger Moore, ihre Klimafunktionen und ihren aktuellen Zustand. 22.2.2023, 17–18 Uhr Anmeldung unter gstoo.de/moor_boden

90 MINUTEN FÜR LEHRER*INNE

Online Speed-Dating mit Expertinnen für Moore, Böden, Landschafts- und Waldnutzung, Waldumbau sowie Dokumentarfilme. So wird Bildung für nachhaltige Entwicklung außerhalb der Schule zur Bereicherung. Dieses Angebot richtet sich an Lehrkräfte für NaWi 5/6 und Bio Sek I in Berlin und Brandenburg. 1.3.2023, 14:30–16 Uhr www.kurzlinks.de/90minuten

AK MOBILFUNK

Der Gebrauch digitaler Funkanwendungen (Smartphone, SmartHome, SmartCity etc.) entwickelt sich in rasendem Tempo, das Bewusstsein für mögliche Probleme hingegen sehr langsam. Deshalb konstituiert sich nun im BUND Brandenburg ein neuer Arbeitskreis, der sich unter anderem mit Energie- und Ressourcenverbrauch der Funkanwendungen, hochfrequenten elektromagnetischen Feldern und suffizientem Nutzerverhalten beschäftigen will. Mitsreiter*innen sind willkommen! Das erste Treffen findet über zoom statt: 1.3.2023, 18:30–20 Uhr www.BUND-Brandenburg.de/ak-mobilfunk



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Landesverband Berlin e.V.
Crellestr. 35
10827 Berlin
www.BUND-Berlin.de
und

Landesverband Brandenburg e.V.
Mauerstraße 1
14469 Potsdam
www.BUND-Brandenburg.de

KONTAKT

Tel. 030 787900-0
E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de
www.BUNDzeit.de

REDAKTION

Sebastian Petrich (sp)
Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.
Namentlich gekennzeichnete
Artikel geben nicht zwingend
die Meinung des BUND wieder.

MARKETING & VERTRIEB

Thorsten Edler

ANZEIGEN

Tel. 030 787900-42
anzeigen@BUNDzeit.de

DRUCK

Möller Pro Media GmbH
www.moellerpromedia.de

GESTALTUNG

sujet.design
www.sujet.de

Erscheinungsweise: viertel-
jährlich, der Bezugspreis ist
im Mitgliedsbeitrag enthalten

AUFLAGE

35.000
Gedruckt auf UltraMag
Plus Silk, 100 % Recycling

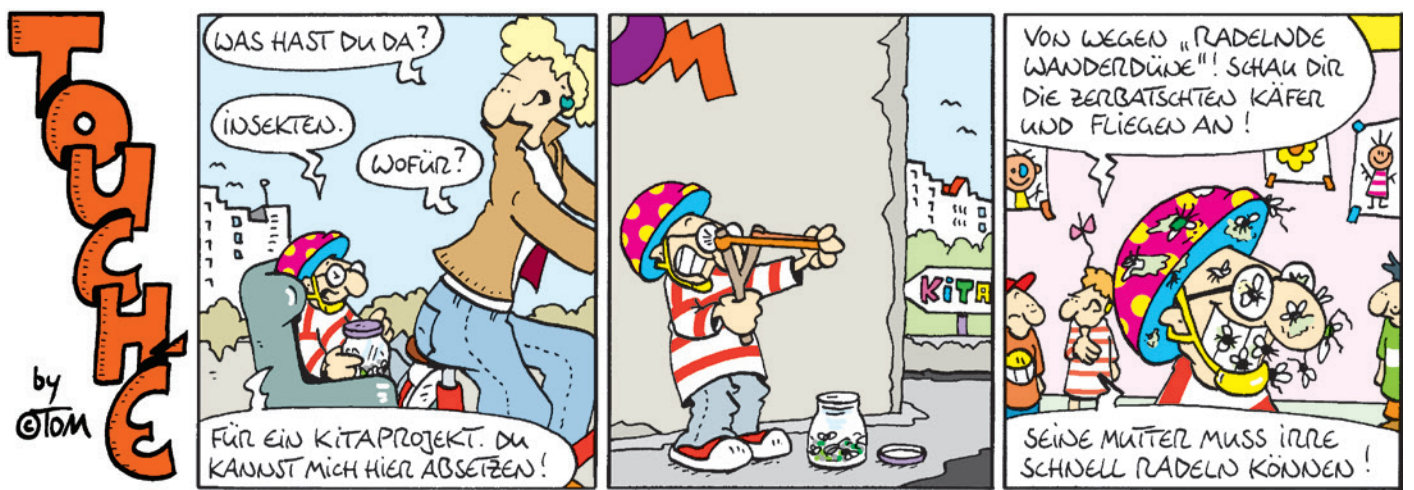
Die nächste BUNDzeit
erscheint Anfang Mai
2023. Anzeigenschluss ist
der 16. März 2023.

SPENDENKONTO

BUND Berlin
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN:
DE 51 1002 0500 0003 2888 00
BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg
GLS Bank
IBAN:
DE 24 4306 0967 1153 2782 00
BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND
sind nach §13 ErbStG von
der Erbschaftssteuer befreit.
Fordern Sie unsere Informa-
tionsmaterialien an:
erbschaftsratgeber@BUND-
Berlin.de



VOGELSCHLAG MELDEN

Allein in Berlin sterben jährlich mindestens vier Millionen Vögel durch Kollisionen mit Glasfassaden oder Fenstern. Doch wo sich genau diese tödlichen Unfälle ereignen, ist nicht klar, weil kleinere Vögel selten Spuren auf Glas hinterlassen und weil sich Beutegreifer ihre Überreste meist recht schnell holen. Wenn es aber gelingt, die für Vögel gefährlichen Orte zu lokalisieren, gibt es die Chance, den tödlichen Vogelschlag zu verhindern. Dazu braucht der BUND Ihre Hilfe:

Melden Sie verunglückte Vögel!

Die kanadische Organisation Fatal Light Awareness Program (FLAP) hat eine interaktive Weltkarte zur Meldung von Vogelkollisionen eingerichtet: Global Bird Collision Mapper (GBCM). Noch sind die Meldungen dort sehr ungleich verteilt, mehreren Tausend Meldungen aus Kanada und den USA steht eine dreistellige Zahl von Fällen aus dem Rest der Welt gegenüber, darunter einige aus Berlin.

Wenn Sie einen verunglückten Vogel melden wollen, gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder tun Sie das selbst direkt im GBCM unter birdmapper.org

Oder Sie teilen uns Ihren Fund mit und wir tragen die Daten in der Karte ein. Dazu haben wir ein Formular vorbereitet. Dort hinterlassen Sie die Adresse und wenn möglich eine genauere Beschreibung des Ortes, geben die Himmelsrichtung des Gebäudes ein, tragen Datum und falls bekannt Uhrzeit ein und teilen mit, ob der Vogel verletzt oder tot ist. Außerdem haben Sie die Möglichkeit, Fotos hochzuladen. Zum BUND-Formular:

www.BUND-Berlin.de/vogelschlag-melden

Dort finden Sie auch Tipps, wie Sie einem verletzten Vogel helfen können und an welche vogelkundigen Tierärzt*innen Sie sich wenden können.



Foto: Claudia Wegworth

Abdruck einer Taube

ARTENSTERBEN IN ZAHLEN

Anteil der Vogelarten (Stand: 2022), deren Populationen weltweit ...

... zurückgehen, in Prozent:	49
... stabil sind, in Prozent:	38
... wachsen, in Prozent:	6
... zu wenig Daten für eine Einschätzung bieten, in Prozent:	6

Bestandsrückgänge in Europa von ...

... Waldvögeln (1980–2020), in Prozent:	3
... Feldvögeln (1980–2020), in Prozent:	57
... Bergvögeln (2002–2014), in Prozent:	10

Auf der Roten Liste der Brutvögel Brandenburgs aufgeführte Arten (Stand 2019) ...

...	112
... davon ausgestorben oder verschollen:	15
... davon vom Aussterben bedroht:	26
... davon stark gefährdet:	15
... davon gefährdet:	23
... davon extrem selten:	9
... davon auf der Vorwarnliste:	24

Auf der Gesamtliste der Libellen Brandenburgs aufgeführte Arten (Stand 2017) ...

...	69
... davon ausgestorben oder verschollen:	0
... davon vom Aussterben bedroht:	2
... davon stark gefährdet:	6
... davon gefährdet:	6
... davon mit Gefährdung unbekanntes Ausmaßes:	1
... davon extrem selten:	2
... davon auf der Vorwarnliste:	4

Quellen: Bird Life International, Landesamt für Umwelt Brandenburg, Landesbeauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege Berlin

Auf der Gesamtliste der Armleuchteralgen Brandenburgs aufgeführte Arten (Stand 2010) ...

...	28
... davon ausgestorben oder verschollen:	2
... davon vom Aussterben bedroht:	8
... davon stark gefährdet:	3
... davon gefährdet:	7
... davon mit Gefährdung unbekanntes Ausmaßes:	4
... davon extrem selten:	2
... davon auf der Vorwarnliste:	1
... davon ungefährdet:	3

Jahr der neuesten Veröffentlichung einer Roten Liste von ...

... Brandenburgs Lurchen und Kriechtieren:	2004
... Brandenburgs Steinfliegen:	2003
... Brandenburgs Schmetterlingen:	2001
... Brandenburgs Bienen:	2000
... Brandenburgs Wasserkäfern:	2000
... Brandenburgs Webspinnen, Weberknechten und Pseudoskorpionen:	1999
... Brandenburgs Heuschrecken:	1999
... Brandenburgs Laufkäfern:	1999
... Brandenburgs Wespen:	1999

Etablierte Sippen der Berliner Farn- und Blütenpflanzen (Stand 2018) ...

...	1.527
... davon ausgestorben oder verschollen:	264
... davon vom Aussterben bedroht:	210
... davon stark gefährdet:	100
... davon gefährdet:	77
... davon mit Gefährdung unbekanntes Ausmaßes:	20
... davon extrem selten:	37
... davon auf der Vorwarnliste:	708
... davon ungefährdet:	596
... davon mit unzureichenden Daten:	141
... davon Neophyten:	307



ICH WILL DIE ARBEIT DES BUND UNTERSTÜTZEN.

Einfach online ausfüllen: www.mithelfen.net – oder den nachfolgenden Coupon nutzen.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitgliedschaft (ab 60 €)
 Einzelmitgliedschaft ermäßigt (ab 24 €)
 Familienmitgliedschaft (ab 72 €)

Tragen Sie nachfolgend bitte Namen und Geburtsdatum Ihrer Familienmitglieder ein:

Name Partner*in: Geb.-Datum:
 Name 1. Kind: Geb.-Datum:
 Name 2. Kind: Geb.-Datum:

(Namen und Geburtsdatum von weiteren Kindern bitte unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift per E-Mail nachmelden: service@bund.net)

Lebenszeitmitglied (einmalig ab 1.500 €)

Vorname/Name:
 Straße:
 PLZ/Ort:
 Geb.-Datum (TT.MM.JJJJ):
 E-Mail:
 Telefon (optional):

Bitte senden Sie die ausgefüllte und unterschriebene Beitrittserklärung an:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) / Friends of the Earth Germany • Kaiserin-Augusta-Allee 5 • 10553 Berlin
 So erreichen Sie unseren BUND-Mitgliederservice: Fon: +49 30 275 86 – 111 • Fax: +49 30 275 86 – 440 • E-Mail: service@bund.net

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich

bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Kontoinhaber*in:

IBAN (oder Konto-Nr.):

BIC (oder Bankleitzahl):



Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)

Hinweise:

- Durch Ihre Unterschrift werden Sie Mitglied des BUND (Bundesverband) und erteilen diesem ein SEPA-Lastschriftmandat, mit dem Sie gleichzeitig Ihre Bank anweisen, die vom BUND auf Ihr Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Die Mitgliedschaft ist jederzeit satzungsgemäß und ohne Angabe von Gründen kündbar. Gläubiger-ID: DE34 2220 0000 1038 26.
- Mit Ihrer Mitgliedschaft im Bundesverband sind Sie i.d.R. zugleich Mitglied des BUND-Landesverbands Ihres Wohnortes.
- Ihre Daten werden gem. Art. 6 Abs. 1 lit. B DSGVO ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte findet nicht statt. Die Nutzung erfolgt gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Dieser Nutzung können Sie jederzeit widersprechen. Unter der nachfolgend genannten Adresse erreichen Sie auch den Datenschutzbeauftragten des BUND. Eine ausführliche Erklärung zum Datenschutz finden Sie unter www.bund.net/datenschutz